

B e s c h l u s s

In dem Nachlassverfahren

betreffend den Nachlass der

Susanne Rosa Hubo, geb. Weber, geboren am 30. Dezember 1926, verstorben am 16. August 2006 und des Michel Hubo, geboren am 31. Januar 1921, verstorben am 24. Oktober 2006, beide zuletzt in Bitburg wohnhaft gewesen,

an dem beteiligt sind:

1. Inge H. McDermaid, 4000 Wedge Court, Mount Airy,

MD 21771 (USA)

- Antragstellerin -

Verfahrensbevollmächtigter:

2. Franz Josef Hubo, Aternweg 4, 54550 Daun,

3. Angelika Hubo, Wiesenstraße 24, 54634 Bitburg,

- Antragsgegner -

hat das Amtsgericht Bitburg
durch den Richter am Amtsgericht Krumeich
am 23. Januar 2009
b e s c h l o s s e n :

Der Antrag der Antragstellerin zu 1), den gemeinsamen Erbschein des Amtsgerichts Bitburg vom 05. Dezember 2007 einzuziehen, wird als unbegründet zurückgewiesen.

G r ü n d e :

Der Antrag war abzulehnen, da eine Unrichtigkeit des Erbscheins nicht vorliegt. Zur Vermeidung von Wiederholungen darf auf die Ausführungen des Beschlusses des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken vom 13.11.2007, Aktenzeichen 3 W 198/07, Bezug genommen werden. Es besteht keine Veranlassung, aufgrund der nachträglichen Ausführungen der Antragstellerin zu 1) von einer Unrichtigkeit des Erbscheins auszugehen. Dies ist der Antragstellerin bereits durch den Berichterstatter des Pfälzischen Oberlandesgerichts, Richter am OLG Kratz mit Schreiben vom 30. November 2007 mitgeteilt.

Diesen Ausführungen schließt sich der Unterzeichner im vollen Umfang an. Auch die im Anschluss an dieses Schreiben getätigten Ausführungen der Antragstellerin geben keinen Anhaltspunkt für eine Unrichtigkeit des erteilten Erbscheins, sodass der Antrag auf Einziehung des Erbscheins zurückzuweisen war.

gez. Krumeich

Ausgefertigt: - Beglaubigt

Amthaus, JS



From: raihmcd@aol.com
To: Karl-Josef.Krumeich@ko.jm.rlp.de
Subject: Erbschaftssache Hubo - 7 VI 416/06
Date: Thu, Feb 19, 2009 5:39 pm
Attachments: Richter_Krumeich_Erbschein_[Doc7_2009-02-19].doc (32K)

Sehr geehrter Richter Krumeich,

in der Anlage schicke ich Ihnen eine vorlaeufige Nachricht zu Ihrer Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Gruessen aus USA,
Inge H. McDermaid

4000 Wedge Court
Mount Airy, MD 21771
USA
Tel:  301-829-6264
Email: RAIHMCD@AOL.COM

A Good Credit Score is 700 or Above. [See yours in just 2 easy steps!](#)

Mount Airy, den 19. Feb. 2009

Sehr geehrter Richter Krumeich,

am 17. Feb. 2009 erhielt ich Ihren Beschluss vom 23. Jan. 2009 in der Erbschaftssache 7 VI 416/06, in welchem mir mitgeteilt wird, dass mein Antrag auf Einziehung des Erbscheins zurueckgewiesen wird.

Es ist mir nicht verstaendlich, warum Sie Ihre Entscheidung auf ein Schreiben vom 30. Nov. 2007 von Richter Kratz vom OLG Zweibruecken basieren. Inzwischen muesste Ihnen bekannt sein, dass zum Zeitpunkt dieses Schreibens der wahre Sachverhalt mit Absicht wiederum vor den Richtern verheimlicht worden war, da erstens nichts in der vorgelegten Akte enthalten war und zweitens RA Seliger, welcher mich fuer den Alleinerben des notariellen Testaments und meine notariell beurkundete Generalvollmacht fuer eine „privatschriftliche Altersvorsorgevollmacht“ hielt, den Richtern nichts in meiner Angelegenheit vorgetragen hatte. Die Pflichtverletzungen des RA Seliger versetzten die Richter des OLG in eine Position, die sowohl zu einer weiteren Fehlentscheidung als auch zu dem obigen Schreiben fuehrte.

Ich hatte am 19. Dez. 2007 ein langes Telefongespraech mit Richter Kratz und kann Ihnen daher versichern, dass Ihre Referenz zu diesem Schreiben nicht mehr in seinem Interesse ist. Ich habe absolutes Vertrauen in diesen Richter, obschon er damals in Unkenntnis des §1945 handelte. Aus irgendeinem Grund stolpern die Richter wieder und wieder, so wie anscheinend auch Sie selbst, Herr Richter, ueber diesen Paragraphen, der meines Erachtens doch recht verstaendlich ist.

Uebrigens erreichte mich besagtes Schreiben, genau wie der 2. Beschluss des OLG vom 14. Dez. 2007, erst mit meinem Erhalt der ersten unvollstaendigen Aktenkopie am 17. Juli 2008, obschon Richter Kratz laut Akte (auf meine Bitte sogar noch einmal nach unserem Gespraech) verfuegt hatte, mir diese Dokumente zuzuschicken. Warum erreichten mich ueber einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren keine der wichtigsten Dokumente, deren Erhalt jeweils mit einem Fristanlauf verbunden war? Seit wann ist so etwas bei deutschen Gerichten akzeptabel? Findet das Ihre Toleranz, Herr Richter?

Naechste Woche schicke ich Ihnen ein Schreiben, in welchem ich Ihnen das unglaubliche Vorgehen in der Erbschaftssache einmal aus meiner Perspektive vorstelle. Somit koennen Sie sich ueber Tatsachen informieren, die eventuell noch nicht zu Ihrer Kenntnis gelangt sind. Dies gibt Ihnen die Moeglichkeit, gegebenenfalls noch in der Sache zu handeln, denn nach Erhalt dieses Dokuments werde ich Sie bitten, Richter Krumeich, Ihren oben genannten Beschluss einer Ueberpruefung zu unterziehen. Sollte dies nicht zum gewuenschten Resultat fuehren, dann werden zumindest weitere Ueberraschungen vermieden, denn leider sehe ich keine Alternative mehr, als die Oeffentlichkeit darueber aufzuklaeren, auf welcher skandaloesen Weise man mich ganz einfach saemtlicher Rechte beraubt hat. Alle Personen, die involviert waren/sind, indem sie sich unter Anwendung illegaler Mittel an der gegen mich taetigen Seilschaft beteiligten und sich dabei unter anderem der Amtspflichtverletzung oder vertraglichen Pflichtverletzung schuldig gemacht haben, werden sich verantworten muessen.

Ich werde es nicht erlauben, dass Menschen, denen das Wort Integritaet fremd ist, darunter selbst Traeger eines oeffentlichen Amtes, mit widerrechtlichen Mitteln den letzten Willen meines Vaters missachten und ohne jeglichen Respekt und ungestraft ueber seinen Nachlass - darunter sein Haus und Grundstueck - verfuegen, obschon man ihm versichert hatte, dass ich bemaechtigt bin, seine letzten Wuensche exakt auszufuehren. Mein Vater haette sich hiergegen heftig gewehrt. Nun muss ich es fuer ihn tun, denn ich gab ihm mein Versprechen. In diesem Bestreben werde ich nichts unversucht lassen....

Sehr geehrter Richter Krumeich, vorlaeufig bedanke ich mich bei Ihnen fuer Ihre Zeit und Aufmerksamkeit!

Mit freundlichen Gruessen aus USA,
Inge H. McDermaid

4000 Wedge Court
Mount Airy, MD 21771
USA
Tel: 301-829-6264
Email: RAIHMCD@AOL.COM

From: raihmcd@aol.com
To: Karl-Josef.Krumeich@ko.jm.rlp.de
Subject: Erbschaftssache Hubo - 7 VI 416/06
Date: Wed, Mar 4, 2009 11:02 pm
Attachments: Case_file_[Doc8_2009-03-04].doc (154K)

Sehr geehrter Richter Krumeich,

am 19. Feb. 2009 schrieb ich Ihnen, dass ich Sie in Kuerze ueber die unglaublichen Geschehnisse in der Erbschaftssache Hubo (7 VI 416/06) informieren werde.

In der Anlage schicke ich ein Schreiben (case_file_[Doc8_2009-03-04]), welches Ihnen die notwendige Uebersicht geben muesste. Obschon noch nicht alle Beteiligten namentlich aufgefuehrt und nicht alle Ereignisse darin enthalten sind, wurde es trotzdem bereits recht komplex. Ich bitte um Verstaendnis.

Das gleiche Dokument werde ich Ihnen auch via Telefax uebermitteln. Nochmals besten Dank fuer Ihre Zeit, Richter Krumeich!

Mit freundlichen Gruessen aus USA,
Inge H. McDermaid

4000 Wedge Court
Mount Airy, MD 21771
USA
Tel:  301-829-6264
Email: RAIHMCD@AOL.COM

A Good Credit Score is 700 or Above. [See yours in just 2 easy steps!](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Inge H. McDermaid, deutscher Staatsbürger, seit 1984 wohnhaft in den USA. Ich fand Sie während meiner Nachforschungen am Internet aufgrund folgender Referenz zu einem mir nur allzu bekannten Aktenzeichen:

3 W 198/07 OLG Zweibrücken vom 13.11.2007 „Das Recht zur Ausschlagung einer Erbschaft.“

Ich bin die I.....M....., Antragstellerin und Beschwerdeführerin zu 1), die Tochter des Erblassers M..... H..... aus B.....

Nach reiflichem Überlegen möchte ich alle an dieser Entscheidung Interessierten über den wahren Sachverhalt in der Angelegenheit aufklären, indem ich die Begebenheiten nun aus meiner Sicht – und soweit zu meiner Kenntnis gelangt – nach bestem Wissen und Gewissen schildern werde.

Wie Ihnen bekannt ist, war der entscheidende Faktor in der Rechtsprechung des OLG, dass eine Erbausschlagung „nicht auf der Grundlage einer privatrechtlich erteilten Vollmacht für den Vollmachtgeber ausgeübt werden kann“. Tatsache ist jedoch, dass ich seit dem 2. Okt. 2006 im Besitz einer **notariellen Beurkundung bin (Urkundenrolle 1507/2006), einer uneingeschränkten Generalvollmacht, welche mich berechtigt, meinen Vater in allen Angelegenheiten, gerichtlich und aussergerichtlich und über den Tod hinaus zu vertreten!**

Ein paar klärende Worte über den Hintergrund: wegen Probleme innerhalb der Familie, über die ich mich nur soweit äussern werde, wie es zum Verständnis der Sachlage absolut notwendig ist, übernahm ich nach dem unerwarteten Tod meiner Mutter am 16. Aug. 2006 die Pflege meines Vaters. Vielleicht sollte ich hier auch einmal klarstellen, dass mein Vater zwar Herzprobleme hatte und wegen eines Hüftproblems nun auf Krücken angewiesen war, geistig aber bis zum letzten Tag sehr scharf war. Dafür gibt es unzählige Zeugen, und es wurde des öfteren von Ärzten usw. kommentiert, welch akuter Denker er doch war.

Meine Eltern hatten sich 1988 in einem handgeschriebenen gemeinschaftlichen Testament, von dessen Existenz uebrigens nur meine Eltern und ich wussten, gegenseitig zu Alleinerben eingesetzt. Erben des Letztversterbenden sollten die Kinder sein (mein Bruder, meine Schwester und ich). Nach dem Tod meiner Mutter war das gemeinschaftliche Testament erst nicht aufzufinden; so lief mein Vater auf der Bank sogleich in ein Problem mit einem Sparbuch von etwa 3700 Euro, welches nur meiner Mutter gehoerte. Ohne Testament sei mein Vater nun Erbe nach dem Gesetz geworden, hiess es, und dass das Sparbuch nun uns Kindern gehoeren sollte. Meine Geschwister und ich ueberschrieben jedoch dieses Erbe meiner Mutter auf meinen Vater. Die Papiere wurden aber nicht bei der Bank eingereicht, da mein Vater erneut mit Herzproblemen ins Krankenhaus musste und diese Sache zur Zeit unwichtig war...

Nachdem meine Schwaegerin meinem Vater gesagt hatte, dass ihm ja nun auch nur noch das halbe Haus gehoerte, suchten mein Vater und ich tagelang fieberhaft nach dem gemeinschaftlichen Testament. Wir befuerchteten bereits, dass es verloren gegangen oder eventuell vernichtet worden war. Endlich gefunden, trugen wir es sogleich zusammen aufs Nachlassgericht, wo es am 19. September 2006 eroeffnet wurde. Der **Rechtspflegerin, Frau Agnes Gerling**, vertraute mein Vater seine Befuerchtungen an; zu unserer grossen Erleichterung bestaetigte Frau Gerling nicht nur, dass mein Vater Alleinerbe meiner Mutter geworden ist, sondern teilte ihm mit, dass laut Grundbuch das Haus und Grundstueck - ganz abgesehen vom Testament - ja ohnehin nur ihm gehoert hatten, und dass er daher auch damit tun kann, was immer er will. Wir hatten beide in der ganzen Aufregung vergessen, dass meine Mutter nie Mitbesitzer des Hauses war.

Nun beschloss mein Vater, bei **Notar Friedhelm Hildesheim in Bitburg** vorzusprechen, damit sowohl zu seinen Lebzeiten als auch nach seinem Tod seine letzten Wuensche respektiert wuerden. Hauptsächlich ging es darum, meinem Vater seinen sehnlichsten Wunsch zu erfuellen, naemlich weiterhin in seinem Haus nahe der Grabstaette meiner Mutter wohnen zu koennen. Die Prognose fuer meinen Vater sah schon seit langer Zeit nicht gut aus; die Aerzte wiesen darauf hin, dass keine Intervention mehr moeglich waere; mein Vater koennte jeden Moment an Herzversagen sterben, unter Umstaenden – jedoch unwahrscheinlich - sogar ein Jahr weiter leben.

Mein Mann hatte kurz nach meiner Ankunft in Deutschland in unserem Haus in Amerika einen Unfall und brach unter anderem seinen Fuss. Da er sich wegen meiner Abwesenheit der dringend notwendigen Operation noch nicht unterzogen hatte, hoffte ich, eventuell etwa 5 Tage in die USA fliegen zu koennen und dann umgehend nach Deutschland zurueckzukehren. Doch meine Geschwister weigerten sich, ein paar Tage bei meinem Vater im Haus zu bleiben. Sie hofften, ich muesste ja wohl nun bald gaenzlich nach Amerika zurueckgehen und dann blieb meinem Vater nichts anderes uebrig, als zu tun, was sie bestimmten. Mit Hilfe einer frueheren Patientenfuersprecherin versuchten mein Vater und ich, Kurzzeitpflege im Krankenhaus oder Altenpflegeheim zu arrangieren. Hierfuer habe ich mehrere Zeugen. Der Notar wurde von den Problemen innerhalb der Familie sowie all diesen Vorgaengen unterrichtet und um Rat gefragt. Ganz spezifisch ging es jedoch darum, dass die anderen ohne mein Einverstaendnis und besonders waehrend meiner etwaigen kurzen Abwesenheit nicht ueber meinen Vater und dessen Aufenthaltsort bestimmen oder sonst etwas gegen seinen Willen unternehmen koennten. Spaeter sollten meine Geschwister auch nicht ohne mein Wissen z. Bsp. das Haus meines Vaters verkaufen koennen. So kam es zu der uneingeschraenkten Generalvollmacht ueber den Tod hinaus und auch zu meinem Amt als Testamentsvollstrecker des notariellen Testaments.

Mein Vater war sehr beruhigt, denn er vertraute mir und wusste nun, dass ich alles nach seinen Wuenschen regeln wuerde; niemand sollte hinter meinem Ruecken und ohne meine Zusage handeln koennen. Ich moechte noch hinzufuegen, dass ich aus Angst, mein Vater koennte waehrend meiner Abwesenheit sterben, letztlich nicht fliegen konnte. Obschon mein Vater sich bereit erklaert hatte, ein paar Tage in Kurzzeitpflege zu verweilen, sah ich sofort die Erleichterung, als ich vorschlug, dass wir nicht zum Termin zwecks Vorsprache gehen, sondern abwarten koennten, ob der Fuss meines Mannes weiter heilen und er eventuell reisefaeig wuerde, sodass auch er nach Deutschland kommen koennte. Ich versuchte verzweifelt, Zeit zu gewinnen.

Zweitrangig, jedoch von grosser Wichtigkeit fuer meinen Vater, war es, neben uns drei Geschwistern auch noch meine Tochter mit zu bedenken, da sie vor unserer Ausreise in die USA damals etwa 10 Jahre praktisch wie ein Kind mit im Haus meiner Eltern gewohnt hatte. Noch beim Notar sagte ich meinem Vater, dass er das wirklich nicht machen muss, doch er bestand darauf. Ich war anwesend, als mein Vater voll Freude

meine Tochter in Amerika anrief, um ihr mitzuteilen, dass er auch sie in seinem letzten Willen bedacht hatte, da sie seit Kindheit immer gut und herzlich zu ihnen gewesen war; er und ihre Grossmutter haetten das schon sehr lange miteinander besprochen. Ich hoerte meine Tochter protestieren, dass er dies doch nicht machen brauchte und dass es sie sehr traurig macht, denn sie moechte nicht daran denken, ihn nun auch zu verlieren, er waere doch frueher immer wie ein Vater zu ihr gewesen, sie haette doch keinen gehabt (sie kannte ihren Vater nur wenig, denn ich hatte mich von ihm trennen muessen). Nach diesen Worten weinte mein Vater Freudentraenen und sagte ihr, sie haette ihm keine schoeneren Worte sagen koennen. Meine Tochter ist uebrigens kein Kind, wie in manchen Referenzen zu lesen ist, sondern bereits 35 Jahre alt.

Leider unterlief Notar Hildesheim bei der Errichtung des neuen, notariell beurkundeten Testaments (Urkundenrolle 1506/2006) ein schwerwiegender Fehler: **er versaeumte es, meinen Vater darauf hinzuweisen, dass er das Erbe meiner Mutter ausschlagen muss, um die Bindungswirkung an das gemeinschaftliche Testament zu beseitigen, obschon ihm das bereits eroeffnete handgeschriebene Testament meiner Eltern vorgelegt wurde.** Mein Vater wusste natuerlich nichts von einer Bindungswirkung; er hatte mir des oeffteren gesagt, dass er das Testament nur geschrieben hatte, um das Haus fuer meine Mutter zu sichern. Er sagte mir, dass ich ja ueber alles bescheid wuesste und er darauf vertraut, dass ich Mutter beistehen werde, wenn der Zeitpunkt gekommen ist. Wegen seiner schweren Kriegsverletzungen war mein Vater staendig der Gefahr ausgesetzt, ganz ploetzlich aus dem Leben zu scheiden. Niemand dachte daran, dass meine Mutter vor ihm sterben koennte...

Waehrend der Beratung beim Notar stellte Herr Hildesheim die Frage, ob eventuell noch ein anderes Testament existierte. Als wir dies bejahten und ihm sagten, dass es sich um ein gemeinschaftliches handgeschriebenes Testament handelte, fragte Herr Hildesheim, ob dieses Testament schon eroeffnet worden waere. Daraufhin erklaerte ich, dass wir das Testament bereits aufs Gericht getragen haetten, es uns aber noch nicht zugeschickt worden waere. Sogleich ueberreichte ich Notar Hildesheim eine Kopie des gemeinschaftlichen Testaments meiner Eltern, welche er zu meinem Erstaunen nur recht fluechtig ansah und mir wieder uebergab. Ich hatte den Eindruck, dass er das Testament eigentlich gar nicht sehen wollte. Doch mein Vater kommentierte zu diesem Zeitpunkt, dass ja immer nur das Testament mit dem letzten Datum gueltig waere. Da

der Notar dieser Aussage in keiner Weise widersprach, erklarte ich mir so seine Gleichgueltigkeit gegenueber dem alten Testament. Die Bedeutung eines sogenannten „Berliner Testaments“ wurde mir erst viel spaeter durch Nachforschungen bekannt.

Mein Vater verstarb am 24. Okt. 2006 in Folge eines vierten Herzinfarkts und innerhalb der 6-Wochenfrist nach Eroeffnung des gemeinschaftlichen Testaments nach dem Tod meiner Mutter, ohne das Erbe meiner Mutter offiziell angenommen oder ausgeschlagen zu haben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass **die testamentarischen Verfuegungen des Ueberlebenden vom AG Bitburg bereits zu Lebzeiten meines Vaters verkuendet wurden, anstatt diesen Teil abzudecken und erst nach dem Tod meines Vaters in seiner Gesamtheit zu verkuenden**. Dies war mit Sicherheit nicht im Interesse meines Vaters...

Die fehlerhafte Beratung des Notars fuehrte nun zu schlimmen Komplikationen in der Erbschaftsangelegenheit. Leider weigerte sich der Notar, die Situation zu korrigieren. Missrepraesentation des wahren Sachverhalts, Nachlaessigkeit und mangelnde Kenntnis des BGB (unter anderem) seitens meiner mich vertretenden Rechtsanwaelte fuehrten dazu, dass mein Recht auf ordnungsgemaesse Anhoerung bis auf den heutigen Tag verletzt wurde. **Man hat mich ganz schlicht und einfach saemtlicher Rechte beraubt.** Dies geschah auf folgende Weise:

Nach dem Tod meines Vaters ging ich mit meiner Ausfertigung des notariellen Testaments aufs Nachlassgericht beim AG Bitburg und beantragte bei Rechtspflegerin Gerling Testamentseroeffnung. **Daraufhin wurde ich vom AG angeschrieben und um Mitteilung gebeten, ob ich das Amt des Testamentsvollstreckers annehme. Als ich die schriftliche Annahme dieses Amtes (Akte 7 IV 372/06) persoendlich aufs Gericht trug, um zu fragen, wie ich denn nun vorgehen muesste, versicherte man mir, dass alles in bester Ordnung waere, dass kein Erbschein benoetigt wuerde und dass ich als Testamentsvollstrecker des notariell beurkundeten Testaments sogleich frei ueber Konten und das Haus/Grundstueck verfuegen koennte usw. Der Eingang der Annahme des Amtes des Testamentsvollstreckers wurde mir sodann vom AG schriftlich bestaetigt und zugeschickt (Akte 7 VI 371/06). Laut Gesetz beginnt hiermit mein Amt und ich kann handeln!!!**

Kraft meines Amtes regelte ich soweit alles, was von Wichtigkeit war: ich kuendigte Versicherungen, bezahlte Rechnungen usw.. Auch liess ich sogleich auf der Bank die Konten auf ein Konto der Erbgemeinschaft umschreiben, darunter auch das Sparbuch, das noch auf den Namen meiner Mutter lautete. Man kannte mich recht gut auf der Bank, denn ich hatte meinen Vater des oeffteren dorthin begleitet; auch hatte ich von ihm dort Kontovollmacht ueber das Girokonto bekommen: bereits seit langem hatte ich waehrend seiner mehrmaligen Krankenhausaufenthalte alle anfallenden Rechnungen bezahlt, die jedoch stets nur von mir ausgefuehrt und von meinem Vater eigenhaendig unterschrieben wurden.

Ebenso suchte ich Notar Hildesheim zwecks Beratung auf. Bei diesem Gespraech stellte sich heraus, dass Herr Hildesheim erst jetzt registrierte, dass meine Mutter erst kuerzlich und unmittelbar vor meinem Vater verstorben war. Unter anderem empfahl er einen Immobilienmakler, falls unser Elternhaus verkauft werden sollte. Dieser sah sich auch mit Interesse mein Elternhaus an, und mit meiner Unterschrift haette er sogleich das Haus zum Verkauf angeboten. Doch einen solchen Schritt konnte ich nicht so ploetzlich entscheiden; auch wollte ich dies natuerlich nicht ohne weitere Beratung mit meinen Geschwistern tun, welche uebrigens beide an schnellstem Verkauf interessiert waren.

Von meinen Geschwistern, deren Beistand ich so dringend benoetigt haette, wurde ich staendig aufs Schlimmste angeschrien. So konnte man doch nicht beraten, was mit dem Haus geschehen sollte. Man drohte mir sogar, die Grabpflege, welche genaess dem ausdruecklichen Wunsch meines Vaters von einem ortsansaessigen Gaertner uebernommen werden sollte, sofort zu kuendigen, denn das waere zu teuer und mein Vater saehe ja nun nicht mehr, wer diese Aufgabe uebernimmt. Auf den Konten meines Vaters war genuegend Geld fuer die Grabpflege; man koennte doch meinen Vertrag nicht einfach kuendigen! Meine Geschwister trafen sich des oeffteren hinter meinem Ruecken und schrien, dass ich nicht soviel Macht habe, wie ich denke. Alles war mir vollkommen unversaendlich. Es war wie ein schlimmer Traum. Hatten wir alle nicht bereits genug Leid erfahren? Die Schmerzen waren oft unertraeglich. Mittlerweile hatte ich mich bereits ueber drei Monate unerwartet in Deutschland aufgehalten und beide Elternteile verloren.

Ich liess mir vom Notar bestaetigen, dass meiner voruebergehenden Rueckreise in die USA nichts im Wege stuende. Er versicherte mir, dass man mindestens ein halbes Jahr Zeit hat, eine Erbaueinandersetzung abzuwickeln. Darauf riet er mir, doch erst einmal ueber Weihnachten nach Hause zu fliegen und etwas Abstand zu gewinnen. Der Bank, wo man mich bereits zwecks Kontoaufloesung angesprochen hatte, teilte ich mit, dass ich alles bei meiner Rueckkehr in ein paar Wochen erledigen werde. Meinen Geschwistern sagte ich, bereits aus dem Haus zu nehmen, woran sie Interesse hatten. Ich bat lediglich, einige der Moebel vorlaeufig im Haus zu lassen, da ich bei meiner baldigen Rueckkehr zwecks Aufloesung der Erbengemeinschaft noch im Elternhaus verweilen wollte. Mir persoendlich war es durch meinen Wohnsitz in den USA ja nur moeglich, an Familienphotos und vielleicht ein paar Kleinigkeiten mit sentimentalem Wert festzuhalten. Schweren Herzens trat ich meine Reise in die USA an. Leider ahnte ich nichts von dem bereits geschmiedeten Plan meiner Geschwister...

Waehrend ich Vorbereitungen fuer meine Rueckreise nach Deutschland zwecks Erbaueindandersetzung traf, erhielt ich im Auftrag meiner Schwester am 28. Dez. 2006 eine Urkunde von einem **Notar Dr. Jur. Thomas Endres aus Wittlich**. Mir wurde mitgeteilt, dass meine Schwester als Erbin meines Vaters meine Vollmacht widerruft und dass sie im noch zu erstellenden Erbschein zu 1/3 Erbe berechtigt ist. Der Notar forderte mich auf, meine Vollmacht unverzueglich an den beurkundenden Notar Hildesheim zurueckzuschicken und ihn selbst sofort ueber alle eventuell von mir erteilten Untervollmachten zu unterrichten. Erst hielt ich diesen Notar wegen seines Auftretens fuer einen Rechtsanwalt, und ich dachte noch, was sich dieser Mann denn einbildet! Natuerlich schickte ich meine Vollmacht nicht zurueck. **Tatsaechlich fungierte dieser Notar Endres sowohl beim AG Bitburg als auch spaeter beim LG Trier in der Erbschaftssache in Vertretung meiner Schwester unbemerkt als Rechtsanwalt, wohlbemerkt unter dem Briefkopf eines Notars! Das Wort Amtspflicht scheint diesem Mann nichts zu bedeuten.**

Was war hier geschehen?!? Sogleich benachrichtigte ich Notar Hildesheim via Email. Er antwortete daraufhin, dass er die Urkunde seines Kollegen auch erhalten hat, und dass meine Schwester die Vollmacht fuer sich widerrufen hat. Da ich aber im notariellen Testament als Testamentsvollstrecker berufen waere, waere ich nicht mehr auf die Benutzung der Vollmacht angewiesen und so traete keine Aenderung der Sachlage ein.

Sogleich rief ich Herrn Hildesheim an, um ihn darauf hinzuweisen, dass meine Schwester von der Beantragung eines Erbscheins und einem drittel Erbe spricht, so wie es im gemeinschaftlichen Testament, und nicht von einem viertel, wie es im notariellen Testament bestimmt war. Anscheinend hatte er wieder einmal etwas uebersehen.

Ich sagte Notar Hildesheim, dass meine Nachforschungen am Internet ergeben haben, dass es sich bei dem gemeinschaftlichen Testament um ein Berliner Testament handelt und dass er es doch gelesen hat, worauf er antwortete, dass **er sich daran nicht mehr erinnern kann.** Er fragte mich nach dem genauen Wortlaut des handgeschriebenen Testaments und antwortete daraufhin: „Ach, dann war das also eine Kopie!?“ Als ich dies bestaetigte, sagte er, dass dann leider nichts zu machen ist, dass leider das notarielle Testament nicht zum Tragen kommt und ich mit der Altersvorsorgevollmacht auch leider fuer den Nachlass nicht mehr auftreten kann. Mir fehlten die Worte...

Eine **Richterin Claudia Trenkle** hatte inzwischen bereits beim AG Bitburg verfuegt, mich nicht anzuschreiben, als meine Schwester ohne mein Wissen einen Erbschein nach dem gemeinschaftlichen Testament beantragt hatte. Meine Tochter erhielt am 9. Jan. 2007 ein gerichtliches Schreiben und benachrichtigte mich. Ich hingegen erhielt am 18. Jan. 2007 lediglich ein Schreiben, in welchem man mir mitteilte, dass meine Schwester einen Antrag auf Erstellung eines Erbscheins fuer meinen Vater beantragt hat, in welchem dieser als Alleinerbe meiner Mutter ausgewiesen werden sollte.

Meine Tochter entschloss sich, dem Gericht zu schreiben, dass ihr Grossvater ihr mitgeteilt hatte, dass er schon lange mit ihrer Grossmutter besprochen hatte, sie im Testament mit zu bedenken. Darueber hinaus haetten weder der beurkundende Notar noch das Gericht ihm mitgeteilt, dass sein Testament nicht gueltig waere. Daher bat sie um Ueberpruefung, denn man muesste doch sicherlich den letzten Willen ihres Grossvaters respektieren.

Ich rief meinen Bruder an, welcher nun eingestand, dass er von dem Vorhaben meiner Schwester schon seit langem unterrichtet war. Mir fiel es wie ein Schleier von den Augen: nun verstand ich die Treffen ohne mich und die schlimme Behandlung. Sofort erklarte ich mich gegenueber meinem Bruder bereit, beiden meiner Geschwister von meinem eigenen Erbteil gerne einen erheblichen Ausgleich zu geben, wenn sie doch nur den letzten Willen unseres Vaters wuerdigen! Doch alles war umsonst, ich war

schockiert. Als die Grausamkeiten immer schlimmer wurden, war mir klar, dass ich mit dem Tod meiner Eltern auch meine Geschwister verloren hatte...

Verzweifelt forschte ich Tag und Nacht und erfuhr so von der Bindungswirkung des „Berliner Testaments“ und von der Möglichkeit der Erbausschlagung, um diese Bindungswirkung zu beseitigen. Mir wurde bewusst, dass der Notar das Dilemma direkt verschuldet hatte, denn er hatte meinen Vater nicht darauf aufmerksam gemacht. Laut Referenzen am Internet sollte ich diese Ausschlagung jedoch mit meiner Vollmacht fuer ihn nachholen koennen! Sogleich schrieb ich den Notar diesbezieueglich an, doch ich bat ihn vergebens um Hilfe mit der Erbausschlagung: Er sagte mir: „Dafuer ist es nun zu spaet, denn Ihre Schwester hat bereits einen Erbschein beantragt!“ Trotzdem schlug ich in Vertretung fuer meinen Vater das Erbe meiner Mutter aus, in der Eile per Faxschreiben (am 25. Jan. 2007) und noch nicht notariert.

Nun beauftragte ich **RAin Elfriede Fuchs (Fuchs & Wolters) aus Bitburg** mit der Angelegenheit, denn ich erhielt vom Gericht auf mehrere Schreiben keine Antwort. Laut Frau Fuchs waren meine Schreiben ans AG Bitburg nicht einmal in die Akte gelangt; auch war nun bereits die Rede von zwei Akten. Sie schickte mir den Beschluss der Richterinnen Trenkle, in welchem es hiess, dass alle Erben angehoert worden waren und dass meine Tochter mit einem Schreiben entgegengrat. Kein Wort von meinen wiederholten Schreiben und meiner Erbausschlagung. Nun hiess es – entgegen all mein Protestieren - dass diese Richterinnen Trenkle mir ebenso das Recht auf Beschwerdefuehrung nahm, denn ich sei „nicht die Benachteiligte,“ da ich im gemeinschaftlichen Testament zu 1/3 Erbe, hingegen im notariellen Testament nur zu 1/4 Erbe berufen bin. Nur meine Tochter koenne Beschwerde einreichen, hiess es; dies sollte auch erklaren, weshalb ich erst gar nicht in der Sache angeschrieben worden war; auch sollte ich weiterhin nicht angeschrieben werden.

Gegen Ende Februar, Anfang Maerz 2007 berichtete mir meine Tochter, dass sie vom Finanzamt Koblenz ein Schreiben erhalten hatte (datiert auf den 12. Feb. 2007). Sie wurde aufgefordert, gem. § 31 des Erbschaftsteuergesetzes die beigefuegte Erbschaftssteuerverklaerung sowie die Anlage(n) Grundstuecke sorgfaeltig ausgefuellt und unterschrieben bis zum 11. Apr. 2007 beim Finanzamt Koblenz einzureichen. Im Nachhinein wird mir die Bedeutung dieses Schreibens erst klar, naemlich, dass man beim AG Bitburg dem Finanzamt Koblenz die Namen und Anschriften der vier Erben

nach dem notariellen Testament angegeben hatte. Es ist mir bekannt, dass mein Bruder zur gleichen Zeit auch Post vom Finanzamt erhalten hatte, waehrend ich selbst in keiner Weise benachrichtigt wurde. Meine Tochter teilte dem Finanzamt Koblenz mit, dass ein Verfahren beim AG Bitburg anhaengig ist und sie daher bisher nicht als Erbin erklart wurde und sie den Fragebogen nicht ausfuellen kann.

Man verweigerte mir widerrechtlich Akteneinsicht. RAin Fuchs schrieb eine Beschwerde ans Gericht, worin sie ruegte, dass ich nicht ordnungsgemaess angehört worden war, und dass ich als Miterbin und vorgesehener Testamentsvollstrecker doch an dem Verfahren beteiligt werden muesste, jedoch waere ich nicht einmal vom AG Bitburg in der Sache angeschrieben worden. Auch beantragte sie gemaess notariellem Testament einen Erbschein fuer die vier Erben. Ich tat vor RAin Fuchs kund, dass man die Handlungen des AG Bitburg nicht als normal bezeichnen kann, denn auch ihre Schreiben wuerden dort ignoriert. Erst als ich mehrmals § 2081 quotierte und nur in Vertretung meiner Tochter (welche mir eine Vollmacht geschrieben hatte, sie vor Gericht in der Angelegenheit zu vertreten, da ihre Deutschkenntnisse nicht ausreichten), faxte mir RAin Fuchs endlich am 30. Maerz 2007 den Erbscheinsantrag meiner Schwester (dieser war datiert auf den 22. Nov. 2006). Mit Bestuerzung las ich den Antrag, ueber welchen ich mich an dieser Stelle aus verschiedenen Gruenden nicht einmal aeussern kann; ich kann lediglich sagen, dass unter anderem beantragt wurde, den anderen Miterben die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung zu erlassen.

Gleichzeitig schickte mir RAin Fuchs auch eine neue Version des Gerichtsbeschlusses (datiert auf den 8. Maerz 2007) von der gleichen RichterIn Trenkle, mit einem Schreiben an RAin Fuchs: „Das Gericht beabsichtigt, derzeit ueber den Erbscheinsantrag der Erbin Inge McDermaid bis zur rechtskraeftigen Klaerung betreffend den Erbscheinsantrag der Frau A. H. [meine Schwester] nicht zu entscheiden.“ Wie ist dies moeglich? Es handelt sich doch um den gleichen Erbfall. Man haette mich doch ebenso wie die anderen Erben anhoeren muessen! Auch hiess es nun in dieser neuen Version des Gerichtsbeschlusses wiederum, dass alle Erben angehört wurden und meine Tochter mit einem Schreiben entgegnet hat. Weiter hiess es, dass ein Erbschein fuer die drei Geschwister ausgestellt werden sollte. Auffallend war, dass ganz am Ende der Begrueendung lediglich ein Satz hinzugefuegt wurde: „Selbst wenn Frau Inge McDermaid das Erbe ausgeschlagen haette, so haette dies keine Wirkung...“ Man behauptete

staendig, es bestuende gar keine Moeglichkeit der Erbausschlagung mittels Vollmacht. Immer wieder verschob ich meinen Rueckflug, denn man sagte mir, dass meine Vorsprache diesbezieglich vor Gericht sinnlos waere. **Wie sollte ich denn meine Erbausschlagung in korrekter Form und fristgerecht einreichen, wenn das Gericht es mir untersagt?!? An wen sollte ich mich denn wenden?!?**

Waehrend eines drei-woechigen Deutschlандаufenthalts im Mai 2007, um die Grabpflege gemaess dem Wunsch meines Vaters zu regeln, hatte ich mehrere Termine mit RAin Fuchs. Ich tat mein Interesse kund, vor dem LG Trier vorzusprechen, wo meine Tochter Beschwerde eingereicht hatte. Doch RAin Fuchs teilte mir mit, dass die Akte dort erst einmal eine ganze Weile liegen wird und ich daher meinen Aufenthalt nicht noch einmal unnoetig verlaengern soll...

Auf der Bank hatte meine Schwester meine Vollmacht widerrufen und erfolgreich die Konten sperren lassen; man half mir dort jedoch, dass zumindest der Grabstein vom Girokonto der Erbengemeinschaft bezahlt werden konnte. Ich beauftragte den Gaertner und trage nun fuer die Dauer des Grabes persoendlich alle Kosten. Die Bankangestellten rieten mir, gleich mit Notar Hildesheim zu sprechen, denn hier muesse doch ein Missverstaendnis vorliegen; es waere doch ohne Zweifel der ausdrueckliche Wunsch meines Vaters gewesen, dass ich alle Angelegenheiten erledigen sollte, und der Notar wuerde doch sicherlich alles aufklaeren...

Ich suchte Notar Hildesheim auf und bat ihn noch einmal um Hilfe. Unter Traenen schilderte ich ihm, wie meine Geschwister den letzten Wuenschen meines Vaters nun trotzen, selbst was den Grabstein und die Grabpflege betraf. Ich vermittelte dem Notar, wie wichtig es mir war, mein Versprechen, welches ich meinem sterbenden Vater gegeben hatte, einzuloesen. Der Notar meinte unter anderem, dass ich die Sache nun aber nicht dramatisieren soll. Ich forderte ihn auf, mit RAin Fuchs in Verbindung zu treten, da sie mit ihm sprechen wollte. Auch erklaerte ich mich sogar bereit, alle Unkosten persoendlich zu uebernehmen, gleichgueltig, ob es sich um einen Irrtum, ein Missverstaendnis oder einen Fehler seinerseits gehandelt hatte. Dass er das gemeinschaftliche Testament meiner Eltern doch in seiner Hand gehalten und gelesen hatte! Dass mein Vater doch damals sein Buero verlassen hatte mit der Gewissheit, dass kraft meiner Vollmacht und des notariell beurkundeten Testaments seine letzten

Wuensche exakt ausgefuehrt wuerden! Schliesslich stand er auf und sagte: „Jetzt wird es mir aber zu bunt!“ Ich verliess sein Buero, waehrend er noch auesserte: „Naechstes Mal machen Sie sich aber erst einen Termin!“ Kann es sein, dass mir durch meinen langen Auslandsaufenthalt solches Verhalten fremd ist? **Glauben deutsche Notare, dass sie unantastbar sind?!?**

Die gerichtlichen Schreiben vom LG Trier sollte ich mittels der Vollmacht meiner Tochter von RAin Fuchs erhalten. Doch weiterhin wurde meine Tochter vom LG angeschrieben; sofort faxte sie mir diese Dokumente. Auf meine Anfrage bekam ich von RAin Fuchs ausweichende Antworten, und schliesslich war sie fuer mich nicht mehr erreichbar. Anfaenglich hatte RAin Fuchs dem Gericht mitgeteilt, dass mein Recht auf ordnungsgemaesse Anhoerung verletzt worden war; mir gegenueber hatte sie kundgetan, dass sie keine Hemmungen hat, dem Gericht auf die Fuesse zu treten. Meine Vermutung ist, dass sie dem Druck, den man auf sie ausgeuebt haben muss, letzten Endes unterlag. Jedoch verfolgte sie ihre eigenen Interessen mit Aggression. So forderte sie z. Bsp. gesondert 1600 Euro fuer einen Brief, den sie in meinem Beisein im Mai 2007 an meine Geschwister geschrieben hatte, welche sich weigerten, mit mir zu sprechen. Sollte dies ein Versuch gewesen sein, mich von weiteren Handlungen abzuschrecken, so misslang es, denn ich bezahlte diesen Betrag natuerlich nicht, sondern schrieb RAin Fuchs unter anderem, dass sie mein Vertrauen schamlos missbraucht hat.

Aus dem Inhalt der Dokumente, die meiner Tochter vom LG Trier geschickt wurden, wurde deutlich, dass wieder einmal etwas nicht mit rechten Dingen zuing und eine Entscheidung unmittelbar bevorstand. Mir wurde bewusst, dass schnellstes und eigenstaendiges Handeln erforderlich war. Meine weiteren Nachforschungen hatten ergeben, dass wegen meines Wohnsitzes in den USA fuer mich andere Fristen gelten. Obschon ich kein Recht auf Anhoerung hatte, faxte ich unter anderem am 28. Juni 2007 eine notariell beglaubigte Erbausschlagung ans LG Trier (und ebenso an RAin Fuchs), in welcher ich das Erbe meiner Mutter in Vertretung fuer meinen Vater **nach dem Testament ausschlug** und stattdessen das Erbe meiner Mutter in Vertretung fuer meinen Vater **nach dem Gesetz annahm**. Diese Ausschlagung lag innerhalb der 6-Monats-Frist, denn ich erhielt vom neuen Berufungsgrund erst nach Monaten Kenntnis. Doch die Dokumente gelangten nicht vor die Richter, denn beim LG wurde das Urteil

bereits am 29. Juni 2007 gesprochen: der Erbschein sollte fuer uns drei Geschwister ausgeschrieben werden.

Man sprach mir jedoch im Nachhinein das Recht auf Anhoerung zu. Unverzueglich schrieb ich den Richtern, dass es sich hier um ein Paradox handelt, denn man koenne mir doch das Recht auf Anhoerung nicht zusprechen, nachdem das Urteil bereits gesprochen ist und ich keinen Gebrauch mehr davon machen kann. Ich bat **Praesidenten Wolfgang Kraemer vom LG Trier** um Hilfe, dass meine Dokumente, in welchem ich unter anderem vom Verfehlen des Notars berichtete, vor die Richter gelangen sollten. Auch ging es um die Bankpapiere, die ich waehrend meines Aufenthalts in Deutschland wiedergefunden hatte. Diese schienen mir nun von grosser Bedeutung, denn in dem richterlichen Beschluss hiess es, dass in dem notariellen Testament nicht auf das Erbe nach meiner Mutter Bezug genommen wurde. Als unterstuetzendes Beweismaterial sollten diese Bankpapiere vor die Richter gelangen, denn das Erbe meiner Mutter war zu diesem Zeitpunkt bereits von uns Kindern auf meinen Vater ueberschrieben worden.

Mit meinem neuen Recht auf Anhoerung legte ich unverzueglich Beschwerde gegen den Beschluss des LG ein. Ein neuer Beschluss, wiederum von **Richter Dr. Fischer, Richter Schaefer und Richterin Dr. Barley**, bestaetigte am 3. Sep. 2007, dass meine Rechte verletzt worden waren. Meine Angelegenheit wurde ans OLG Zweibruecken zur weiteren Entscheidung geschickt. Hier sollte ich nun endlich angehoeert werden.

Da mein Vertrauen in RAin Fuchs nun gebrochen war, kuendigte ich das Mandat und beauftragte einen neuen **Rechtsanwalt, Falk Seliger (Dr. Kleberger · Seliger) aus Zweibruecken**. Leider machte sich dieser ueberhaupt nicht mit der Akte vertraut, antwortete wochenlang nicht auf meine Email oder meist gar nicht. Die erste Nachricht, die ich erhielt, zeigte eindeutig, dass er nichts in der Akte gelesen hatte. Sofort rief ich ihn an; in dem Telefongespraech erklarte er, dass man die Bindung an ein Berliner Testament durch nichts beseitigen kann. „Ich bin Experte in Erbschaftssachen“, sagte er: „glauben Sie mir, so etwas ist ueberhaupt nicht moeglich!“ Ich argumentierte, dass es moeglich ist, wenn der ueberlebende Ehegatte das Erbe des Erstverstorbenen ausschlaegt usw. und dass dies doch bereits vom Gericht bestaetigt worden war! Spaeter korrigierte der Anwalt seine Ansicht bezueglich der Erbausschlagung: es waere

tatsaechlich moeglich. Da ich nun wiederum befuerchtete, dass eventuell nicht alles in der Akte enthalten war, faxte ich ebenso meine wichtigsten Dokumente an RA Seliger. Er wusste, dass ich im Besitz einer notariell beurkundeten Generalvollmacht bin.

Doch die Entscheidung des OLG basierte auf falschem Sachverhalt, denn RA Seliger glaubte trotz allem, dass ich eine „privatschriftliche Vollmacht“ habe, anstatt eine notarielle Beurkundung. Auch fand ich spaeter heraus, dass er mich fuer den Alleinerben des notariellen Testaments gehalten hatte; er reichte meine Dokumente nicht ein, obschon er mir versichert hatte, dass den Richtern nun alles vorlaege und sie sich somit mit dem gesamten Sachverhalt auseinandersetzen wuerden. Ohne Kenntnis des wahren Sachverhalts konnte natuerlich keine informierte Entscheidung getroffen werden!

Am 27. Nov. 2007 erhielt ich von RA Seliger den Beschluss vom 13. Nov. 2007 von **Richter Walter Dury (bis Maerz 2009 Praesident des OLG), Richter Kratz und Richterin Stutz vom OLG Zweibruecken**. Als ich darin sah, dass der entscheidende Faktor der Rechtsprechung war, dass man auf der Grundlage einer privatrechtlich erteilten Vollmacht keine Erbausschlagung fuer den Vollmachtgeber erklaren kann, fehlten mir wiederum die Worte. Sogleich schickte ich sowohl RA Seliger, den ich schon lange nicht erreichen konnte, als auch den Richtern des OLG einen Beschwerdebrief, in welchem ich den Sachverhalt aufklaerte und um Ueberpruefung bat.

Nach etlichen Wochen ohne Antwort von RA Seliger auf mein wiederholtes Anfragen, rief ich endlich am 19. Dez. 2007 beim OLG an. Ich erfuhr, dass meine Beschwerde gegen den Beschluss des OLG am 30. Nov. 2007 abgewiesen worden war, da RA Seliger sie nicht unterschrieben hatte, ohne mich davon zu unterrichten. Die Frist war nun bereits abgelaufen. Zu meinem Erstaunen kam **Richter Kratz vom OLG** ans Telefon. Natuerlich konnte er mir keinen Rechtsrat geben, doch er sagte, dass ich das Recht auf Akteneinsicht habe. Mir wurde bewusst, dass RA Seliger mich aufs Schlimmste getaeuscht hatte, denn ich erfuhr, dass er absolut nichts in meiner Sache vorgetragen hatte. Ich kann nur spekulieren, was hier wieder einmal vor sich ging, denn von meiner Schwester war mir bei einem erneuten Versuch, ueber alles zu sprechen, angekuendigt worden: „Sobald wir wissen, wer Dein neuer Rechtsanwalt ist, wirst Du schon sehen, was passiert. Warte Du mal, was wir dem erzaehlen! Sei ja vorsichtig! Die lachen ja alle nur!“ Mit „wir“ meinte sie wohl ihren „**Moechte-gern-Anwalt**“, Notar Dr.

Jur. Thomas Endres, der in der Erbschaftssache nicht nur als Rechtsanwalt taetig, sondern so emsig war, dass er die von meinem Vater mir aufgetragenen Aufgaben stahl und sie gleich selbst erledigte.

Spaeter stellte ich fest, dass bereits am 5. Dezember 2007 ohne mein Wissen wiederum ein richterlicher Beschluss beim AG Bitburg gefasst worden war, in welchem „mein Erbscheinsantrag“ auf Grundlage des notariellen Testaments abgelehnt wurde, da nicht erfolgreich; es wird auf die Entscheidung des OLG Bezug genommen. Es handelte sich hier um den Erbscheinsantrag, der etwa acht Monate vorher aufs Abstellgleis gestellt worden war. Dieser Beschluss wurde uebrigens wiederum von der gleichen Richterin beim AG, jedoch nun unter dem Namen **Richterin Butz**, gefasst. Am gleichen Tag wurde auch von ihr ein Erbschein fuer meine Geschwister und mich ausgestellt. All dies, obschon die Frist zur Beschwerdefuehrung gegen den Beschluss des OLG nicht einmal abgelaufen war. Das kann ja wohl nicht legal sein!

Endlich erreichte ich RA Seliger. Im Verlauf eines zwei-stuendigen Telefongespraechs – in welchem er wiederum von meiner „privatschriftlichen“ Vollmacht sprach und mich immer noch fuer den Alleinerben des neuen Testaments hielt – fragte ich ihn, ob er denn gar nichts in der Akte gelesen hat oder meine Erbschaftssache etwa mit einer anderen verwechselt. Nach langer Erklaerung forderte ich ihn schliesslich auf, den Sachverhalt umgehend vor Gericht zu korrigieren und mir endlich meine Kopie der Gerichtsakten zuzuschicken, worum ich bereits mehrmals vergebens gebeten hatte. Ich wies RA Seliger darauf hin, dass man mit einer notariell beurkundeten Vollmacht gemaess § 1945 BGB eine Erbausschlagung fuer den Vollmachtgeber erklaren kann. Er fragte mich wiederholt, ob ich das wirklich gelesen habe, und ich konfirmierte. Ich faxte ihm auch meine Vollmachtsurkunde; nun versicherte mir RA Seliger, dass der unrichtige Erbschein ja wieder eingezogen werden kann, und waehrend ich auf seine diesbezugliche Nachricht wartete und nach Wochen endlich nachfragte, antwortete er mir zu meinem grossen Schock, dass er mir selbstverstaendlich gern bei der Auseinandersetzung der Erbschaft behilflich sein wird. Viele Wochen rief ich bei der Kanzlei an, um mit RA Seliger zu sprechen, doch er liess sich immer wieder verleugnen. In einem unmissverstaendlichen Schreiben kuendigte ich das Mandat. ...

Nun schrieb ich mehrere Beschwerden an die beteiligten Richter des OLG. Dies war natuerlich vergebens, denn der Beschluss war ja rechtskraeftig. Auch bat ich die Richter

und den **damaligen Pressereferenten, Richter Jenet vom OLG**, die Angelegenheit von der Veroeffentlichung am Internet zu entfernen, denn jede Referenz zu meiner Sache konfrontierte mich jedesmal erneut mit der Verletzung meines Rechts auf ordnungsgemaesse Anhoerung. Doch Richter Jenet schrieb mir, dass ein Spruchkoerper bestimmt hat, dass diese Entscheidung von uebergeordneter Bedeutung ist und somit veroeffentlicht werden muss. Meine Privatsphaere wuerde ja nicht verletzt, da lediglich die Initialen bekanntgegeben werden und meine Anonymitaet daher gewahrt wird.

Da ich beabsichtigte, mich mit einer Gehoersruege ans Verfassungsgericht zu wenden, benoetigte ich die Akte. Am 24. Jan. 2008 und wiederum am 18. Feb. 2008 schrieb ich dem **damaligen Direktor des AG Bitburg, Werner von Schichau**, erklarte ihm kurz die unglaublichen Geschehnisse und bat ihn um Hilfe mit der Akteneinsicht. Am 25. Feb. 2008 erhielt ich endlich eine Antwort, dass er Verdaechtigungen des beurkundenden Notars oder Spekulationen ueber andere an dem Verfahren beteiligte Personen zurueckweisen muss und dass Akteneinsicht nur Rechtsanwaelten zusteht. Er schrieb, dass die Sache „also erledigt ist“ und er nichts weiter fuer mich tun kann; wenige Tage spaeter war er pensioniert...

Als meine Geschwister die Zwangsversteigerung unseres Elternhauses beantragten, beauftragte ich in der Angelegenheit diesmal einen recht prominenten und – wie ich glaubte, aeusserst kompetenten Rechtsanwalt, seit 2007 auch als Professor taetig. Dieser wollte mir endlich zur Ausuebung meiner Rechte verhelfen. Unter anderem wurde mir geraten, gegen die beiden vorherigen Anwaelte und den Notar vorzugehen, da sie ihre vertraglichen Pflichten bzw. Amtspflicht verletzt hatten. Leider verlief es so, dass ein junger Anwalt in seiner Abwesenheit die Sache bearbeitete. Erst lief alles recht gut, bis dieser in meinem Namen beim AG Bitburg den Geschaeftsverteilungsplan der Richter fuer 2007 beim **Geschaeftsleiter des AG Bitburg, JAR Siegfried Bielau**, anforderte. Ich hatte vergebens nach dieser Richterin Butz beim AG gesucht und hatte inzwischen den Verdacht, dass man mir nicht nur mein Recht auf Anhoerung und Beschwerdefuehrung, sondern eventuell auch das Recht auf meinen „gesetzlichen Richter“ genommen hatte. Dies ist auch weiterhin meine Spekulation; eine Investigation wird aufklaeren, inwieweit dies fundiert ist.

Nun geschah wiederum das Unglaubliche. Der ganze Sachverhalt und seine Bewertung wurden praktisch ueber Nacht regelrecht so geschmiedet und verfaelscht, dass es sich nicht um einen Irrtum handeln konnte. Es war ganz offensichtlich ein Interessenkonflikt; tatsaechlich habe ich den Eindruck, dass alle Dokumente, die ich nun erhielt, in Zusammenarbeit mit RA Seliger bearbeitet und manipuliert wurden. Man wollte mich mit allen Mitteln zur Kapitulation zwingen, denn meine Rechtsmittel sollten ploetzlich ausgeschoept sein. Es kam zu heftigen Argumenten; waehrend mir der Anwalt anfangs bestaetigte, dass ich laut Gerichtsakte als Testamentsvollstrecker eingesetzt worden war, hiess es nun, dass in der Akte nicht einmal ein Hinweis auf ein solches oder aehnliches Dokument vorhanden ist. Die Gerichtsakte beweist ganz eindeutig, dass mich die Richterin Trenkle beim AG nicht angeschrieben hatte. Doch der Anwalt behauptete fortan, dass ich angeschrieben wurde. Inzwischen hat mir sogar Rechtspflegerin Gerling beim Nachlassgericht Bitburg bestaetigt, dass ich absichtlich nicht angeschrieben worden war. Bezueglich der Bankpapiere, in welchen meine Geschwister und ich das Sparbuch meiner Mutter auf meinen Vater ueberschrieben hatten, hiess es nun zu meinem Erstaunen, dass mein Vater die Gelder und den Schmuck meiner Mutter an die Kinder verteilte und somit konkludent das Erbe meiner Mutter angenommen hatte! Dies sind nur einige Beispiele, die ich sofort kritisierte und zur Korrektur aufforderte, doch der Anwalt zensierte anscheinend meine Email, sodass wohl nur wenige meiner Nachrichten an den Professor gelangten. Auch schrieb er mir wohl unter anderem via der Email Adresse des Professors und schickte mir widerspruechliche Dokumente in dessen Namen. Unzaehlige Male unternahm ich den Versuch, den Professor auf dieses Problem aufmerksam zu machen. Dabei schrieb ich an verschiedene Email Adressen, die ich am Internet fand, selbst zur Akademie, wo der Professor Seminare haelt. Immer wieder bat ich, mir endlich ein Gespraech zwecks Aufklaerung der widerspruechlichen Dokumente zu gewaehren, die ich staendig in seinem Namen erhalten hatte, doch alles war vergebens.

Uebrigens wurde das anwaltliche Gutachten bereits am 17. Juli 2008 erstellt, obschon der Anwalt zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht alle Gerichtsakten eingesehen hatte. Immer wieder wies ich auf weitere Aktenzeichen hin und bat um Anforderung dieser Akten, was endlich am 31. Juli 2008 beim AG Bitburg beantragt wurde.

Laut Vertrag wurden die jeweiligen Leistungen an jedem Monatsende abgerechnet. Fuer den Monat Juni erhielt ich jedoch keine Rechnung, wohl um eine Kostenkontrolle zu verhindern. Wegen unzureichender Klaerung des Sachverhalts und meiner vergeblichen Bitten auf Korrektur wurde die Rechnung fuer Ende Juli (fuer Juni/Juli) kuenstlich aufgeblaecht, denn ich sollte nun ueber 10.500 Euro schulden, fuer einen Zeitaufwand, in welchem man eindeutig gegen mich taetig war. Ich bestand auf ein Gespraech mit meinem Anwalt, damit ich mich vorher von der Identitaet meines Ansprechpartners ueberzeugen koennte. Meine Vermutung war/ist, dass der Professor nicht gaenzlich von den Vorgaengen informiert war. Ich war ueberzeugt, dass es mit Sicherheit nicht in seinem Interesse waere, seinen Namen auf den Dokumenten zu finden, die – wie ich vermutete – vor Absendung an mich manipuliert wurden, denn den Professor hielt ich fuer einen Mann von Integritaet.

Monatelang verlangte ich, endlich mit „meinem Anwalt“ zu sprechen, doch alles war umsonst. Auch hiess es, dass der Professor terminlich sehr belastet und dass Zeit fuer ihn ein kostbares und knappes Gut sei; er waere meist nicht in der Kanzlei.

Einmal erhielt ich folgende Email: „Ich versichere Ihnen, dass die ueber die Email Adresse [Email Adresse des Professors] versandten Emails auch von mir veranlasst und versandt wurden.“ Das ist ja nun wirklich nicht gerade aufschlussreich und zeugt hoechstens von einem Sinn fuer Humor seitens des Absenders. All dies liess sich nur in einem persoentlichen Gespraech aufklaeren.

Ein andermal gab man mir tatsaechlich einen Termin fuer ein Telefongespraech; doch als ich gemaess Anweisung anrief, teilte mir eine **Frau Staake** mit, dass der Professor nicht mit mir sprechen wird, da ich meine Rechnung noch nicht bezahlt hatte. Scheint mir ziemlich ironisch und geplant.

Das Mandat wurde niedergelegt und auf eine nichtbeglichene Kostennote abgeschoben! Da ich trotzdem den Betrag fuer die naechste Monatsrechnung ueberwiesen hatte, erklaerte sich der Professor nun wiederum zu einem Gespraech bereit. „Kardinalbedingung“ war jedoch, dass ich vorher die noch offene Kostennote ausgleiche! Ich denke, dass ich erst einmal das Recht habe, mit „meinem Rechtsanwalt“ zu sprechen, wenn Probleme auftreten, die einer dringenden Klaerung beduerfen. Ich glaube nicht, dass sich der Professor solcher Methoden bedienen wuerde, denn sein Motto lautet: „**Im Focus steht der Mandant!**“

Uebrigens musste ich lange Wochen, nachdem der Anwalt die Akten vom AG endlich erhalten hatte, auf meine versprochene Aktenkopie warten; ich fragte noch aus Spass, ob sie denn etwa auf dem Seeweg unterwegs waere. Nach erneuter Anforderung wurde mir endlich gemaess Instruktion eine Kopie via UPS Express Mail zugeschickt, doch nicht vollstaendig und ganz eindeutig manipuliert; die Frage ist: von wem? Tatsaechlich erhielt ich spaeter am 29. Juli 2008 die am 17. Juni 2008 als Paeckchen (Petit Paquet) abgeschickte Sendung in einem duennen braunen Umschlag. Es war nichts als ein leerer, total zerrissener Umschlag, vom United States Postal Service in Plastik gesteckt. Was geschah wohl mit meiner Akte mit wichtigen Dokumenten, wie Testamenten, Bankinformation, rechtsanwaltlichen Schreiben, richterlichen Beschlussen usw., alles streng vertrauliche Information??? Sollte man mir etwa mit Absicht nur einen leeren Umschlag geschickt haben? Der Anwalt meinte nur, es handelte sich um einen Standard Umschlag und ich koennte mich ja bei der Post beschweren.

Selbst wenn all dies ohne Wissen des Professors geschah, so ist dieser nichtsdestotrotz hierfuer verantwortlich, denn mein Vertrag war mit ihm abgeschlossen. Wenn er die Kontrolle darueber verloren hat, was mir in seinem Namen geschickt wird, dann ist er mit einem ernsthaften Problem konfrontiert. Inzwischen schrieb ich jeden einzelnen Anwalt der Sozietaat via Email an und faxte ebenso einige Dokumente an die Sozietaat sowohl in Hamburg als auch Berlin. Ich bat alle Anwaelte, den Professor von meinem Anliegen mitzuteilen, sich dringend mit mir telefonisch in Verbindung zu setzen, doch ich erhielt keinerlei Antwort.

Jedoch wurde ich am 28. Dez. 2008 via Verfuegung des vorsitzenden **Richters Wolfgang Specht beim LG Trier** benachrichtigt, dass mich die Sozietaat vor einem Einzelrichter beim LG nun wegen Anwaltshonorar verklagt. Hier in den USA nennt man so etwas: „Adding Insult to Injury.“ Mir wurde eine Notfrist von vier Wochen gebilligt, in welcher ein Anwalt meine Absicht der Verteidigung schriftlich anzeigen muss, da – wie nicht anders zu erwarten! – Anwaltszwang besteht, anscheinend um zu verhindern, dass ich mich dort selbst vertreten und mein umfangreiches Beweismaterial unterbreiten koennte.

Am 13. Jan. 2009 stellte ich beim LG Trier einen Antrag auf Fristverlaengerung fuer die Dauer der gesetzlich laengstmoeeglichen Frist in Sachen der Sozietaat gegen mich. In meiner Begrueendung wies ich Richter Specht darauf hin, dass ich umfangreiches Beweismaterial dafuer habe, dass ich den Professor monatelang vergebens um ein persoenliches Gespraech gebeten hatte zwecks Aufklaerung der widerspruechlichen Dokumente, die ich in seinem Namen erhalten hatte. Weiter erklaerte ich, dass ich zu keinem Zeitpunkt angedeutet hatte, den angeforderten Betrag letztendlich nicht zu bezahlen, sondern dass es lediglich darum ging, dass ich mich vorher von der Identitaet meines Ansprechpartners ueberzeugen koennte. Ich bat Richter Specht, mir erst einmal die Gelegenheit auf Akteneinsicht zu geben, damit ich sodann einen Rechtsanwalt, eventuell in den USA, mit meiner Verteidigung beauftragen kann. Am 15. Jan. 2009, erhielt ich Email von Richter Specht zusammen mit seiner Verfuegung, dass er meinen Antrag auf Fristverlaengerung abgelehnt hat (Fristablauf war der 28. Jan. 2009), da er dafuer keine ausreichenden Gruende sieht. Der Gegenstand des Rechtsstreits waere allein eine Honorarforderung und nicht die Erbschaftsangelegenheit. Dass diese noch offene Rechnung ein direktes Resultat der fehlerhaften Bearbeitung der Erbschaftssache und der Verweigerung der muendlichen Ruecksprache mit meinem Anwalt ist, scheint Richter Specht zu uebersehen. Meine Verteidigung ist nur unter dieser Beweisfuehrung moeglich, und ein Anwalt muss mit dem gesamten Sachverhalt familiaer sein!

In dem Schreiben vom LG Trier behauptet der Professor, dass er vom Vorgehen in der Sache informiert und er immer zu einem Gespraech bereit war. Dies bezweifle ich weiterhin, denn sollte es stimmen, warum blieben dann all meine dringenden Bitten ueber mehrere Monate, mir ein Gespraech zwecks Aufklaerung zu gewaehren, ohne Erfolg? Warum handelte er nicht nach seinem anderen Motto: „Entweder es gibt einen Weg, oder wir finden einen“? Diese Fragen lasse ich einmal offen...

Da der Professor beim AG Bitburg keine Begrueendung zur Aufhebung der Zwangsversteigerung meines Elternhauses eingereicht, sondern ueber fuenf Monate nur wieder und wieder um Verlaengerung gebeten hatte, wurde die Sache dort nicht eingestellt.

Inzwischen schickte ich einige Dokumente an den **neuen Direktor des AG Bitburg, Richter Helmut Mencher**, erklaerte auch ihm kurz den Sachverhalt und bat ihn

daraufhin um Hilfe. Erst kuerzlich forderte ich das AG Bitburg auf, den unrichtigen Erbschein einzuziehen, das Grundbuch auf die vier Erben umzuschreiben, die rechtswidrige Zwangsversteigerung aufzuheben, damit ich endlich mein Amt als Testamentsvollstrecker ungehindert fortfuehren und somit die Erbauseinandersetzung gemaess dem Wunsch meines Vaters verwirklichen kann. Mir ist kein richterlicher Beschluss bekannt, der mich meines Amtes enthoben hat. Als Testamentsvollstrecker ist es nicht nur mein Recht, sondern meine Pflicht, den letzten Willen meines Vaters auszufuehren; ich werde seine Rechte sowie auch meine weiter verteidigen. Meine Nachforschungen hatten stets ergeben, **dass ein notariell beurkundetes Testament zusammen mit Eroeffnungsprotokoll und der Bestaetigung des Eingangs der Annahme des Amtes des Testamentsvollstreckers ausreichen, um das Grundbuch berichtigen zu lassen.** Auch halte ich es nach allem fuer moeglich, dass ich als Testamentsvollstrecker mein Elternhaus entweder jederzeit verkaufen und den Erloes unter den vier Erben aufteilen oder das Haus gar selbst kaufen und die anderen drei Erben ausbezahlen kann, denn ich bin zu alledem auch vom § 181 befreit. (Es ging mir nie darum, meine Geschwister zu uebervorteilen, ganz im Gegenteil; ich hatte mich sogar bereit erklaert, meiner Schwester meinen Anteil am Erbe, naemlich $\frac{1}{4}$, zu ueberlassen. RA Seliger hatte dies schriftlich und sollte es den entsprechenden Stellen vermitteln, was er natuerlich nicht tat. Meine Geschwister sind schon lange hierueber informiert). Meine Schwester behauptete kuerzlich, dass es ihr nicht bekannt war, dass das bereits eroeffnete gemeinschaftliche Testament Notar Hildesheim im Verlauf der Errichtung des neuen notariell beurkundeten Testaments vorgelegt wurde. Leider kann ich meinen Geschwistern wegen der Geschehnisse nie wieder vertrauen. Sollte man ihnen dies tatsaechlich vorenthalten haben? Es wuerde zumindest manches erklaren, jedoch nicht rechtfertigen. Auch meinen Geschwistern sind infolge der Verfehlungen grosse Nachteile entstanden. Unser Verhaeltnis ist inzwischen so belastet, dass ein Zusammenfinden unmoeglich erscheint. Meine Tochter kann die Ereignisse nicht verstehen und leidet wie ich sehr darunter, dass sie der gesamten Familie beraubt wurde. Ein normales Leben wird es fuer uns nie wieder geben, denn unser Weltbild ist zerstoert...

Nach ueber drei Monaten erhielt ich endlich am 16. Jan. 2009 die beim AG Bitburg erneut beantragte Aktenkopie. Diese benoetigte ich, da die Sozietat vom Zurueckbehaltungsrecht Gebrauch macht, wohl um mich weiterhin an der Einsicht

wichtiger Dokumente zu hindern. Die von der Sozietät bereits erhaltenen Akten sind offensichtlich manipuliert worden, denn Dokumente, die ich im Original habe, sind nicht in der uebersandten Kopie und sollen laut Rechtsanwalt in der Gerichtsakte nicht (mehr) existieren. Durch genauen Vergleich mit der neuen Aktenkopie konnte ich jedoch bereits feststellen, dass z. Bsp. meine Annahme des Amtes des Testamentsvollstreckers und die gerichtliche Bestaetigung des Eingangs meiner Annahme des Amtes des Testamentsvollstreckers in dieser neuen Kopie tatsaechlich enthalten sind.

Auch war immer wieder die Rede von zwei Akten. Es bestehen viele verschiedene Aktenzeichen, etliche Beiakten, Nebenakten und Parallelakten wurden gefuehrt, die nach meinem Ermessen nicht der Norm der Aktenfuehrung entsprechen. Die neue Kopie scheint ebenso manipuliert zu sein, denn es ist nicht feststellbar, welche Akten unter welchem der vorangehenden Aktenzeichen gefuehrt wurden. Vielmehr sieht es aus, als ob im Nachhinein mehrere Akten in einer Akte mit laufender Nummer zusammengefasst wurden. Schon allein an manchen Daten ist erkennbar, dass verschiedene Seiten nicht korrekt plaziert sind, da es zeitlich gar nicht moeglich war. Anscheinend gab es eine offizielle Akte (die den Richtern vorgelegt wurde) und eine inoffizielle Akte (mit meinen Schreiben und Dokumenten, die den Richtern nicht vorgelegt wurde). Ich vermute, dass mehrere beteiligte Personen ein grosses Interesse daran haben, die „wahren“ Akten vor mir zu verheimlichen. Auch erhielt ich des oeffteren Hinweise darauf, dass eventuell eine Stellungnahme von Notar Hildesheim existiert, was jedoch bis auf den heutigen Tag abgestritten wird. Dies halte ich fuer recht seltsam, denn ich habe doch bereits mehrmals eine ganz klare Anschuldigung eines Verfehlens seinerseits ausgesprochen, da sollte man doch zumindest einen Kommentar erwarten. Nur durch Investigation wird herauszufinden sein, wer fuer die Aktenmanipulation jeweils verantwortlich war und ob etwa noch weitere Dokumente existieren. Ich moechte endlich die Wahrheit erfahren und die Beteiligten konfrontieren...

Leider handelten die Richter des OLG in Unkenntnis des § 1945 BGB, zwar ein gravierender Irrtum fuer Richter am OLG. Sie hielten eine Erbausschlagung fuer eine hoechstpersoenliche Angelegenheit, sowie die Errichtung eines Testaments oder eine Eheschliessung. „Errare humanum est“, und auch Richtern muss man das Recht zusprechen, sich hin und wieder zu irren. Als Laie finde ich Jura ziemlich faszinierend, doch meines Erachtens besteht ein zu grosser Spielraum fuer Irrtum durch subjektive

Auslegung der Gesetze. Daher habe ich grosses Verstaendnis dafuer, dass man als Rechtsanwalt oder selbst Richter nicht alle Gesetze kennen kann. Man sollte genuegend Integritaet besitzen, Fehler einzugestehen und zu korrigieren. Ich bedaure es, dass besonders Notar Hildesheim, RA Seliger und nun auch der Professor dazu nicht in der Lage sind, obschon ich ihnen wiederholt Gelegenheit dazu gab.

Jederzeit wuerde ich beim OLG ohne Bedenken vor denselben Senat treten, mit der Gewissheit, dass diesmal eine gerechte Entscheidung getroffen wuerde. Besonders fuer **Richter Kratz vom OLG habe ich grossen Respekt, und ich habe auch Verstaendnis dafuer, dass er mir nicht helfen konnte. Das deutsche Justizsystem braucht Richter wie ihn, denn er ist aufrichtig darum bemueht, nicht nur „Recht“, sondern „Gerechtigkeit“ zu sprechen.** Durch sein Verhalten hat RA Seliger nicht nur sich selbst, sondern auch mehrere Richter blossgestellt.

Die etlichen Verfahrensfehler rechtfertigen eine sofortige Wiederaufnahme und andere Rechtsprechung. So manche an dem Verfahren Beteiligte haben sich (meiner Meinung nach) zumindest der Verletzung der Amtspflicht oder vertraglichen Pflichtverletzung schuldig gemacht und sollten zur Rechenschaft gezogen werden. Da ich befuerchten muss, dass mein Elternhaus als Folge der Zwangsversteigerung evtl. abgerissen wird, da eine Firma an dem Grundstueck als Bauland interessiert ist, und jeder Versuch, mit meinen Geschwistern zu sprechen, erneut scheitert, muss ich sobald wie moeglich handeln...

Der prominente Anwalt, den ich beauftragt hatte, ist uebrigens **Prof. Dr. Burandt (SES Schlutius Eulitz Schrader) aus Hamburg** und der junge Anwalt ist **RA Matthias Lehmann (SES Schlutius Eulitz Schrader), ebenso aus Hamburg**. Mit groesster Sorgfalt hatte ich den Professor ausgesucht, denn er ist ein Mann von ausserordentlicher Intelligenz, wovon nicht nur seine Titel bezeugen. Ich war ueberzeugt, dass fuer einen Mann seines Kalibers und Ansehens - der mit Sicherheit sehr hart und kritisch sein kann, wenn es darum geht, ob ein Rechtsanwalt es verdient, sich als Fachanwalt eines Rechtsgebiets bezeichnen zu duerfen – kein Problem unloesbar ist. Ich war sicher, dass durch sein Einschreiten ein ansonsten unvermeidliches und noch groesseres Chaos vermieden werden koennte. Vielleicht gibt es jedoch keinen „**Knight in Shining Armour**“

Am 18., 19. und 21. Jan. 2009 trat ich erneut mit Prof. Dr. Burandt sowie SES Schlutius Eulitz Schrader (Hamburg und Berlin) via Email und Faxschreiben mit aufklaerenden Dokumenten in Verbindung. Ich bat ein letztesmal, die Klage gegen mich vor dem LG Trier zurueckzunehmen und mir stattdessen endlich zur Ausuebung meiner Rechte zu verhelfen, so wie im April 2008 versprochen. Ich betonte, dass es im Interesse aller Beteiligten ist, die Angelegenheit zu korrigieren und aus der Welt zu schaffen. Prof. Dr. Burandt verfuegt ohne Zweifel ueber die notwendige Kompetenz. Auch wies ich darauf hin, dass – sollte ich keine diesbezugliche Benachrichtigung erhalten, ich mich gezwungen sehe, mich auf die unverzuegliche Veroeffentlichung der Erbschaftssache zu konzentrieren. Gegenwaertig habe ich leider noch keine Antwort erhalten.

Am 27. Jan. 2009 kuendigte mein neuer und mich in der Angelegenheit vertretender Rechtsanwalt meine Absicht der Verteidigung beim LG Trier an; am 13. Feb. 2009 reichte er die Klageerwiderung ein. Momentan warten wir auf Antwort von SES.

Am 17. Feb. 2009 erhielt ich einen Beschluss von **Richter Karl Krumeich am AG Bitburg**, in welchem mein Antrag auf Einziehung des Erbscheins abgelehnt wird. Zu meinem Erstaunen basiert Richter Krumeich seine Entscheidung auf ein Schreiben vom 30. Nov. 2007 von Richter Kratz vom OLG Zweibruecken. Inzwischen muesste ihm jedoch bekannt sein, dass zum Zeitpunkt dieses Schreibens der wahre Sachverhalt vor den Richtern verschwiegen worden war, da erstens nichts in der Akte enthalten war, zweitens RA Seliger nichts in meiner Angelegenheit vorgetragen hatte und drittens die Richter einem Irrtum unterlagen. All dies teilte ich Richter Krumeich inzwischen mit. Auch schrieb ich ihm, dass mich besagtes Schreiben, genau wie der 2. Beschluss des OLG vom 14. Dez. 2007, dass meine Beschwerde abgewiesen wurde, da nicht von meinem Rechtsanwalt unterschrieben, erst mit meinem Erhalt der ersten unvollstaendigen Aktenkopie am 17. Juli 2008 erreichte, obschon Richter Kratz laut Akte verfuegt hatte, mir diese Dokumente zuzuschicken. Warum mich alle wichtigen Dokumente, mit deren Erhalt jeweils ein Fristanlauf verbunden war, entweder ueberhaupt nicht oder erst zu spaet erreichten, wird bis auf den heutigen Tag aus gutem Grund einfach ignoriert. Das ganze Vorgehen, da ohne Zweifel voll beabsichtigt, ueberschreitet meiner Meinung nach die Grenze zur kriminellen Aktivitaet. Ich teilte Richter Krumeich mit, dass ich ihm den ganzen Sachverhalt, so wie hier dargestellt, zuschicken und daraufhin das AG Bitburg noch einmal auffordern werde, den Antrag auf Einziehung des Erbscheins einer Ueberpruefung zu unterziehen und das notariell beurkundete Testament als rechtskraeftig zu erklaeren.

Hier lediglich eine Anregung zum Nachdenken. Ich habe mich in letzter Zeit oft mit Menschenrechten, Grundrechten und dergleichen beschaeftigt, ohne deren absolute Wahrung eine Gesellschaft nicht funktionieren kann:

Wo Testamente den Erben schon zu Lebzeiten des Testators bekannt gegeben werden, wo Notare unbemerkt als Rechtsanwaelte fungieren und nicht fuer Fehler geradestehen, wo Richter (oder Richter auf Probe) Entscheidungen treffen und sich gleichzeitig selbst kontrollieren, wo Rechtsanwaelte, die ihre Pflichten gegenueber Mandanten verletzen, mit Samthandschuhen angefasst und nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wo Notare, Anwaelte und Richter (mit einiger Ausnahmen) nicht nur in Unkenntnis ihrer eigenen Gesetze handeln, sondern ihre angesehene Stellung in der Gesellschaft missbrauchen und sich ueber die Gesetze stellen, da gibt es keine Gerechtigkeit, da werden die Buerger fuer dumm verkauft und brutalisiert...

Da man sich seit nunmehr ueber zwei Jahren willkuerlicher Einschraenkung der Informationstransparenz bedient hat (sei es durch wiederholte Verweigerung noetiger Akteneinsicht oder Rechtsaufklaerung), da meine Rechte nachweislich nicht verteidigt wurden, sondern ich regelrecht an der Ausuebung solcher gehindert wurde, und da mir trotzdem keinerlei Moeglichkeit eingeraeumt wird, mich selbst vor Gericht zu repraesentieren, wird meiner Meinung nach unangemessene Kontrolle ausgeuebt, um mich zum Schweigen zu bringen. Leider muss ich mich nun anderer Mittel bedienen, um sowohl meinem Vater als auch mir selbst endlich eine Stimme zu verleihen, auch wenn dies bedeutet, dass ich meine Privatsphaere, obschon sehr geschaetzt, aufgeben muss. Es ist an der Zeit, die Oeffentlichkeit zu informieren, damit die Wuerfel im wahrsten Sinne des Wortes „**Im Namen des Volkes**“ fallen. Niemand sollte sich fuerchten, die Wahrheit auszusprechen und skrupellosen Pfuschern den Krieg anzukuendigen. Auch ein Herr Mueller kann und sollte sich gegen solche Gewalt zur Wehr setzen, sodass einmal eine Basis fuer Rechtsprechung geschaffen werden kann...

Sehr geehrte Damen und Herren, ich konnte Ihnen leider nur einen kleinen Einblick in die skandaloesen Ereignisse geben. **Meine Spekulation ist, dass es sich hier um eine korrupte Seilschaft handelt, die mit allen Mitteln gegen mich taetig war/ist. Welche der Personen und auf welche Weise diese Personen jeweils involviert waren/sind,**

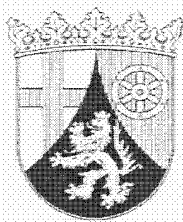
das gilt es zu ueberpruefen. Kompetenz eines Juristen (oder einer Juristin) ohne Integritaet ist eine gefaehrliche Waffe. Sie wuerden staunen, welch unsinniger Aussagen – die sich tatsaechlich recht clever anhoerten – sich einige der Beteiligten bedienten, um mich irrezufuehren. Es wurde regelrecht als eine Art Sport angesehen, mich ausser Gefecht zu setzen, mit dem Ziel, dass ich endlich vom Bildschirm verschwinde. Die Tatsache, dass meine Erbschaftssache so oft diskutiert wurde und bereits fuer grosse Rechtsunsicherheit sorgte, obschon absolut nichts auf wahrem Sachverhalt beruhte, ist schon recht ironisch. Hiermit hoffe ich, Ihnen eine andere Perspektive gegeben zu haben. Ich danke Ihnen fuer Ihre Zeit und Aufmerksamkeit. Mein Vertrauen in das Justizsystem ist sehr am Wanken. Moege es den Professoren und Professorinnen der Jura gelingen, eine neue Generation von Juristen zu lehren, ihr Know-How in solcher Weise einzusetzen, dass es eines Tages in Deutschland Gerechtigkeit gibt. **JUSTITIA OMNIBUS! Justice for all!**

Mit freundlichen Gruessen aus USA,
Inge H. McDermaid

4000 Wedge Court
Mount Airy, MD 21771
USA
Tel: 301-829-6264
Email: RAIHMCD@AOL.COM

¹ Case_file_[Doc8_2009-03-04]

Aktenzeichen:
2 T 40/09 LG Trier
7 VI 416/06 AG Bitburg



Landgericht
Trier

Beschluss

In dem Verfahren

betreffend die Einziehung des am 05.12.2007 erteilten Erbscheins über die Erbfolge
nach dem am 24.10.2006 verstorbenen Michael Hubo,

an dem beteiligt sind

1.

Inge Mc Dermaid, 4000 Wedge Court, Mount Airy, MD 21771 (USA)

- Antragstellerin und Beschwerdeführerin -

Verfahrensbevollmächtigter:

Rechtsanwalt
54634 Bitburg

2.

Franz Josef Hubo, Asternweg 4, 54550 Daun

3.

Angelika Hubo, Wiesenstraße 24, 54634 Bitburg

-Antragsgegner-

hat die 2. Zivilkammer des Landgerichts Trier
durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Speicher,
den Richter am Landgericht Köhler sowie
die Richterin Peifer
am 08.04.2009

beschlossen:

I.

Die als Beschwerde gegen den Beschluss des Amtsgerichts - Nachlassgericht - Bitburg vom 23.01.2009 auszulegende Eingabe der Antragstellerin vom 09.03.2009 wird zurückgewiesen.

II.

Der Gegenstandswert für das Beschwerdeverfahren wird auf 50.000,- Euro festgesetzt.

Gründe:

I.

Die Beteiligten zu 1) bis 3) sind die Kinder des Erblassers. Der Erblasser und seine am 16.08.2006 vorverstorbene Ehefrau errichteten am 17.09.1988 handschriftlich ein gemeinschaftliches Testament, in welchem sie sich gegenseitig zu Alleinerben und die drei Kinder als Schlusserben einsetzten. Am 05.12.2007 erteilte das Amtsgericht den Beteiligten einen gemeinschaftlichen Erbschein, dem zufolge die vorverstorbene Ehefrau des Erblassers von diesem - Erblasser - alleine und der am 24.10.2006 verstorbene Erblasser aufgrund des gemeinschaftlichen Testaments vom 17.09.1988 zu je 1/3 Anteil von den Beteiligten zu 1) bis 3) beerbt wurde.

Der Erteilung des gemeinschaftlichen Erbscheins vom 05.12.2007 war ein umfangreiches Erbscheinserteilungsverfahren vorausgegangen. Insoweit wird auf die Beschlüsse der 4. Zivilkammer des Landgerichts Trier - 4 T 13/07 - vom 29.06.2007 (Bl. 70 GA) und vom 03.09.2007 (Bl. 114 GA) sowie auf Beschlüsse des 3. Zivilsenates des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken - 3 W 198/07 - vom 13.11.2007 (Bl. 134 GA) und vom 14.09.2007 (Bl. 191 GA) verwiesen.

Mit ihrem an das Nachlassgericht gerichteten Antrag vom 10.12.2008 (Bl. 297 GA) hat die Antragstellerin weiterhin ihr ursprüngliches Begehren aus dem Erbscheinserteilungsverfahren verfolgt, in welchem sie sich gegen den vorgenannten Erbschein gewandt hatte, wobei sie nunmehr die Einziehung des am 05.12.2007 erteilten gemeinschaftlichen Erbscheines begehrt.

Mit Beschluss vom 23.01.2009 hat der Amtsrichter den Antrag auf Einziehung des Erbscheins vom 05.12.2007 zurückgewiesen. Gegen diesen Beschluss wendet sich die Antragstellerin mit ihrer Eingabe vom 09.03.2009. Sie ist der Auffassung, der am 05.12.2007 erteilte gemeinschaftliche Erbschein sei unrichtig. Wegen der Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die zur Akte

gereichten Unterlangen und Urkunden Bezug genommen.

II.

Die Beschwerde gegen die die Einziehung des Erbscheins ablehnende Entscheidung des Amtsgerichts Bitburg vom 23.01.2009 ist zulässig; insbesondere ist die Antragstellerin auch beschwerdebefugt (vgl. hierzu Staudinger-Schilken, BGB Neubearbeitung 2004, § 2361 Rdn 24).

In der Sache ist der Beschwerde jedoch der Erfolg zu versagen, da der Amtsrichter den Antrag auf Einziehung des am 05.12.2007 erteilten gemeinschaftlichen Erbscheins zu Recht zurückgewiesen hat. Nach § 2361 Abs. 1 BGB hat das Nachlassgericht einen erteilten Erbschein dann einzuziehen, wenn sich ergibt, dass dieser unrichtig ist. Unrichtigkeit des erteilten Erbscheins im Sinne des § 2361 Abs. 1 Satz 1 BGB liegt dann vor, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung des fraglichen Erbscheins entweder schon ursprünglich nicht gegeben waren oder nachträglich nicht mehr vorhanden sind. Derartige Umstände, aus denen sich die materielle Unrichtigkeit des Erbscheins vom 05.12.2007 ergibt, sind vorliegend nicht ersichtlich. Sie ergeben sich insbesondere auch nicht aus der Eingabe der Antragstellerin vom 09.03.2009. Im Wesentlichen wiederholt die Antragstellerin in ihrer Eingabe vom 09.03.2009 ihre Einwendungen aus dem Erbscheinserteilungsverfahren. Mit diesen Einwendungen der Antragstellerin hat sich jedoch der 3. Zivilsenat des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken im Verfahren 3 W 198/07, und zwar insbesondere in seinem Beschluss vom 13.11.2007, eingehend auseinander gesetzt. Insoweit wird auf die ausführliche Begründung des Beschlusses des Oberlandesgerichts Zweibrücken vom 13.11.2007 verwiesen. Zudem hat der Berichterstatter im Verfahren 3 W 198/07 OLG Zweibrücken (Richter am Oberlandesgericht Kratz) gegenüber der Antragstellerin mit Verfügung vom 30.11.2007 (Bl. 205 GA) ergänzend zu dem nunmehr erneut vorgetragenen Standpunkt der Antragstellerin Stellung genommen. Diesen Ausführungen schließt sich die Kammer uneingeschränkt an. Somit steht im Ergebnis fest, dass nicht von einer wirksamen Ausschlagung der Erbschaft durch den Vater der Antragstellerin nach dem Tod seiner Ehefrau auszugehen ist. Da nach alledem sämtliche von der Antragstellerin vorgetragenen Tatsachen keine andere Entscheidung zu rechtfertigen vermögen, hat der Amtsrichter den Antrag auf Einziehung des Erbscheins vom 05.12.2007 zur recht zurückgewiesen.

Die Verpflichtung der Antragstellerin zur Tragung der Gerichtskosten des Verfahrens de Beschwerde ergibt sich aus dem Gesetz (§ 131 Abs. 1 Nr. 1 KostO).

Eine Entscheidung über die Erstattung außergerichtlicher Kosten gem. § 13 a Abs. 1 FGG ist nicht veranlasst, weil außer der Beteiligten zu 1) niemand förmlich am Verfahren der Beschwerde beteiligt worden ist.

Die Kammer hat beschlossen, den Wert des Beschwerdegegenstandes
entsprechend der Wertfestsetzung durch den 3 Zivilsenat des Pfälzischen
Oberlandesgerichts Zweibrücken im Verfahren 3 W 198/07 – gem. §§ 131
Abs. 2, 30 Abs. 1 KostO - auf 50.000,- Euro festzusetzen.

gez: Speicher

Köhler

Peifer

Ausgefertigt:

Justizobersekretär

Als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle